

Berufsbildende Schulen: Aktuelle Themen besprochen

Am 04. März 2010 hatte der Staatssekretär im Geschäftsbereich des TMBWK, Herr Professor Merten auf Initiative des Hauptpersonalrates – Bereich Schulen zu einer Gesprächsrunde zu aktuellen Themen im Bereich der Berufsbildenden Schulen in Thüringen neben Mitgliedern des Hauptpersonalrates auch Vertreter der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Thüringen, des tlv, VLW und tvb eingeladen.

Im Vorfeld erfolgte eine Sammlung von Schwerpunkten, die es zu beraten gilt.

Durch die GEW Thüringen wurden folgende Themen zugearbeitet:

- (1) Die aktuelle Personalsituation und die zukünftige Personalentwicklung an den staatlichen berufsbildenden Schulen

Stichworte:

- Umgang mit dem momentanen Überhang im allgemeinbildenden Bereich und dem zu erwartenden Überhang bei Fachpraxislehrern,
- Sicherung des Nachwuchses bei den Lehrern an berufsbildenden Schulen,
- Umgang mit sogenannten Seiteneinsteigern,
- Funktionsstellen für Abteilungsleiter

- (2) Ausbildung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen

Stichworte

- BA – MA Struktur in der Lehramtsausbildung,
- Probleme beim Übergang vom Bachelor zum Master,
- Situation der lehrbeauftragten Fachleiter,

- (3) Schulnetzentwicklung im Bereich der berufsbildenden Schulen

Stichworte

- Entwicklung von Berufsbildungsregionen,
- Zukunft der Standorte staatlicher berufsbildender Schulen
- Unterfrequentierte Klassen

Schulnetz

In dieser ersten Gesprächsrunde am 04. März 2010 erfolgte eine intensive Erörterung der Problematik der zu erwartenden Änderungen im Schulnetz der Berufsbildenden Schulen und deren Auswirkungen auf die Schülerinnen und Schüler und die Beschäftigten an den Schulen.

Durch den Staatssekretär wurde vorgetragen, dass vor dem Hintergrund der nun auch an berufsbildenden Schulen zurückgehenden Schülerzahlen und der Haushaltslage in Thüringen Änderungen im Schulnetz der bbS unabdingbar sind.

Entscheidungen zum Schulnetz unterliegen grundsätzlich der kommunalen Selbstverwaltung.

Das TMBWK wird die Entscheidungsprozesse in den sogenannten Bildungsregionen, zwischen den betroffenen Schulträgern, inhaltlich begleiten.

Einvernehmlich wurde festgestellt, dass es wichtig ist, alle Betroffenen mit in die Diskussion einzubeziehen.

Unterfrequentierte Klassen

Hier schloss sich eine Diskussion zur weiteren Entwicklung der Berufsbildenden Schulen in Thüringen an; auch die Frage wie weiter mit den unterfrequentierten Klassen wurde angesprochen.

Der Staatssekretär verwies darauf, dass die Ausgaben für die unterfrequentierten Klassen in Thüringen zu hoch seien.

Mit dem im Dezember 2009 festgelegten Genehmigungsverfahren soll sichergestellt werden, dass für alle betreffenden Klassen und damit die Schülerinnen und Schüler eine optimale Lösung herbeigeführt werden kann, bis hin zu eventuell erforderlichen Einzelfallprüfungen im TMBWK.

Personal

Schulnetzveränderungen, Verringerung der Anzahl von unterfrequentierten Klassen, aber auch ein in Kürze zu erwartendes verstärktes Ausscheiden von älteren Beschäftigten aus den berufsbildenden Schulen veranlasste die GEW Thüringen ein Konzept zur Personalentwicklung an den berufsbildenden zu hinterfragen.

Hier wurde vereinbart, auf der Grundlage der im Rahmen der Arbeitsgruppe Personalentwicklung, bestehend aus Vertretern des Ministeriums, der GEW und des tbb bereits zusammengetragenen Zahlenmaterialien und Ergebnisse speziell für den Bereich der berufsbildenden Schulen weiter zu arbeiten. Kontinuierlich, auf Arbeitsgruppenbasis und regelmäßig mit dem Staatssekretär Merten.

Nachqualifizierung von Lehrerinnen und Lehrern in berufsbildenden Schulen

Durch den fachspezifischen Bedarf im Bereich der berufsbildenden Schulen wurden in den vergangenen Jahren eine große Anzahl von sogenannten „Seiteneinsteigern“ mit den verschiedensten Voraussetzungen eingestellt.

Die gemeinsame Lösung der Frage der erforderlichen Nachqualifizierungen wurde als Schwerpunkt für ein weiteres Gespräch festgelegt.

Die GEW Thüringen bekräftigte ihre Forderung nach einer abschlussbezogenen und entgeltsrelevanten Aus- und Weiterbildung für diese Beschäftigten und den Abschluss einer entsprechenden Qualifizierungsvereinbarung.

Jürgen Röhreich